

27. Februar 2016
- Symposium der Vernunft -

Am 27. Februar 2016 werben Wissenschaftler und Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland für eine rationale Energiepolitik. Die gemeinsame Situationseinschätzung

„Die Energiewende verkommt zum Verteilungskampf – ausgetragen auf dem Rücken von Mensch und Natur. Innehalten und Nachdenken tut dringend Not.“

ist Anlass und Motto des „Symposiums der Vernunft“ auf Schloss Johannisberg (Rheingau). Enoch Freiherr zu Guttenberg und Professor Hans-Werner Sinn sind Hauptredner der Veranstaltung, deren Ergebnisse in einen Johannisberger Appell münden sollen.

Wer die Ergebnisse der Energiewende-Politik an den Zielen **Bezahlbarkeit**, **Versorgungssicherheit** und **Umweltverträglichkeit** misst, erkennt, dass in allen drei Kategorien massive Verschlechterungen eingetreten sind:

- Die Stromkosten für Bürger und Unternehmen steigen stetig,
- um die Blackout-Gefahr zu bannen und Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind die Übertragungsnetzbetreiber regelmäßig zu Notmaßnahmen gezwungen,
- bisher naturnahe, unbelastete Regionen bis hin zu Naturparks werden der Windkraftindustrie geopfert, Wälder in großem Stil gerodet, Vögel und Fledermäuse getötet - derweil die CO₂-Emissionen nicht nennenswert sinken.

Zentrale Ursache der **dreifachen Zielverfehlung** ist das Subventionssystem für Erneuerbare Energien, das EEG.

Dessen Webfehler sind seit Langem bekannt. Wiederholt und vehement mahnten wissenschaftliche Gremien Korrekturen an - bis hin zur Abschaffung dieses Gesetzes. Dennoch bleiben die **Fehlanreize des Subventionssystems** unverändert bestehen. Der **Sachverständigenrat** zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erläuterte in seinem [Jahresgutachten 2013/14](#) die Gründe:

Allerdings hat sich das EEG inzwischen als kaum noch reformierbar herausgestellt, denn bereits eine Anpassung der Fördersätze führt regelmäßig zu erheblichen Diskussionen im Deutschen Bundestag und Bundesrat. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass durch das EEG inzwischen ein jährliches Subventionsvolumen von rund 20 Mrd. Euro umverteilt wird, das von den davon profitierenden Partikularinteressen mit „Zähnen und Klauen“ verteidigt wird

und gab der Bundesregierung diese **dringende Empfehlung**,

Wer die Energiewende erfolgreich umsetzen will, muss den politischen Widerstand der größten Profiteure des aktuellen Fördersystems zum Wohle der Verbraucher überwinden. Bevor ein entsprechendes Marktdesign gefunden und etabliert wird, bietet sich ein Moratorium bei der Förderung erneuerbarer Energien an, da der Zubau an Kapazitäten bereits die Integrationsfähigkeit des Systems ausgereizt hat

welche bei der letzten „Reform“ 2014 **nicht befolgt wurde**. Die Profiteure der Umverteilungsmaschinerie setzten sich auf ganzer Linie durch.

Angesichts dieser Pseudo-Reform diagnostizierten die Sachverständigen im [Jahresgutachten 2014/15](#) Politikversagen und sahen

Niedrige Erwartungen bestätigt

Aufgrund der Vielzahl von Interessengruppen, die vom EEG begünstigt werden, war jedoch bereits frühzeitig abzusehen, dass es nicht zu einer tiefgreifenden Reform kommen würde. Diese Erwartung wurde nicht enttäuscht.

Die Ergebnisse dieses **Politikversagens** treten immer deutlicher hervor:

345.000 Haushalten wurde im Jahr 2015 der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnung nicht mehr bezahlen konnten. Die Stromrechnungen sind u.a. deswegen so hoch, weil überflüssiger Windstrom unter Gestehungskosten oder gar zu „negativen Preisen“ entsorgt wird und weil auch für nicht-produzierten Strom Vergütungen an die Nicht-Produzenten gezahlt werden.

Unternehmen beklagen wettbewerbsverzerrende Strompreise - die zweithöchsten in Europa - mit steigender Tendenz. Energieintensive Unternehmen, die nicht von der EEG-Umlage befreit sind, verlagern Prozesse oder Unternehmensteile ins Ausland. Umlagebefreite Unternehmen vermeiden effizienzsteigernde Investitionen, um zu verhindern, dass ihre Stromkosten unter 14 v.H. der Bruttowertschöpfung sinken. Dies macht die „Klimapolitik“ zur Farce.

Gleichzeitig beklagen Naturschützer krasse Eingriffe in die Ökosysteme, die der konzeptionlose Ausbau von Windkraft- und Biomasseanlagen mit sich bringt.

Dem Ziel einer weniger planwirtschaftlichen Energiewende möchte sich die Bundesregierung mit der kommenden EEG-Reform nähern. Gemäß Koalitionsvertrag sollen Ausschreibungen die Kosteneffizienz stärken.

Dieses Bemühen wird zu Jahresbeginn 2016 durch GRÜNE Interventionen torpediert. Deren Forderungen fanden ungefiltert Eingang in die Entwürfe des Bundeswirtschaftsministeriums, in dem der GRÜNE Rainer Baake, selbst Architekt des EEG, eine Schlüsselposition bekleidet:

Unter dem Stichwort "Wahrung der Akteursvielfalt" soll eine bestimmte Klientel eine Existenz- und Einkommensgarantie erhalten. Die Absurdität, dass gerade für schlechte Standorte besonders hohe Subventionen gezahlt werden, soll noch verstärkt werden und die innovationslähmenden und kostentreibenden Preisgarantien über 20 Jahre sollen fortbestehen. Die volkswirtschaftlichen und ökologischen Interessen sollen den Interessen der Wind- und Sonnenstrom-Produzenten untergeordnet werden.

Am **27. Februar 2016** werden Vertreter der bundesweit mehr als 600 gegen die lokalen Auswirkungen der verfehlten Bundes- und Landespolitik agierenden Bürgerinitiativen, Personen des öffentlichen Lebens und Wissenschaftler relevanter Disziplinen auf **Schloss Johannisberg** im Rheingau zu einem **Symposium der Vernunft** zusammenfinden.

Mit **Professor Dr. Hans-Werner Sinn** – Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung – und **Enoch Freiherr zu Guttenberg** – Mitbegründer des BUND, erfolgreicher Dirigent und Naturschützer aus Leidenschaft - stehen zwei hochkarätige Hauptredner zur Verfügung.

Ziel ist, die technischen, ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge und Auswirkungen der aktuellen Energiepolitik zu analysieren und gemeinsame Kernforderungen zu erarbeiten. Diese sollen als **Johannisberger Appell** an politisch Verantwortliche übergeben werden.

Veranstaltung und Erklärung knüpfen inhaltlich/thematisch an einen Vorläufer aus dem Jahr 1998 an, als 95 Hochschulprofessoren aus den unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen sowie prominente Schriftsteller die Probleme einer auf Windkraft und Photovoltaik basierenden Stromversorgung in einem **„Darmstädter Manifest“** exakt voraussagten. Alle seinerzeit geäußerten Befürchtungen sind Wirklichkeit geworden. Daher darf es kein „weiter so“ geben. Die Folgen für unser Land wären dramatisch.

Innehalten und Nachdenken tut dringend Not.

Ausrichter des Symposiums sind die Bundesinitiative **VERNUNFTKRAFT.** und der Verein „Pro Kulturlandschaft Rheingau e.V.“. Das Programm ist unter www.vernunftkraft.de/eeg einsehbar.